

elde

liberale depesche

Das Magazin der Liberalen

1 | 2005

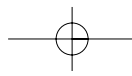
Rot-grüner Alltag
Arbeitsuche und
Algenrettung

Wahlkämpfe
Jahr des Wechsels
zieht herauf

Hilfe für Südasien
Ihr kommt
doch wieder?

Foto: Keystone





Unser Ziel: Politikwechsel 2006



Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

2005 ist wieder ein Wahlkampfjahr. Es geht um Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, aber natürlich auch schon um den Bund. Wir sind gut vorbereitet: 13 von 14 mal waren wir im Vorjahr erfolgreich. Und wir haben uns inhaltlich verstärkt. Bei uns ist jede Position gut besetzt – von Arbeitsmarkt-reformen bis Wirtschaftsaufschwung. Blau-Gelb ist die klare Alternative zu Rot-Grün.

Die Regierungsmannschaft tritt mit politischen Jongleure an, die nur eins wollen: mit geschickten Wendungen zur rechten Zeit oben ankommen. Dauerhafter Aufschwung für das Land sieht aber anders aus. Rekord-Arbeitslosigkeit, Rekord-Pleitetwelle, Rekord-Verschuldung – das ist die deutsche Wirklichkeit.

Am Ende darf nicht zählen, ob Schröders einen niedlichen Hund haben und es wieder mal ein neues Paar Fischer gibt. Wenn wir geschlossen bleiben, haben wir die personelle Zuspitzung des Wahlkampfs nicht zu fürchten. Aber wir müssen die beabsichtigte inhaltliche Entleerung bekämpfen. Das heißt für die Strategie der FDP, die besseren Antworten auf die Fragen der Zeit zu geben und dafür in der Bevölkerung zu werben: Wir können es besser.

Wir haben ein fundiertes Programm für den Politikwechsel. Daran haben wir sehr ruhig, sachlich, präzise gearbeitet in der liberalen Werkstatt, ohne viel Lärm und hoch fliegende Späne. Zur selben Zeit haben andere - die SPD mit Hartz IV, die Union mit der Gesundheitsdebatte, die Grünen mit ihren Gewissenskonflikten - spannende Kontroversen, also Medienfutter geboten. Sollen wir das mit Neid sehen?

Die FDP will der Schlüssel zum Machtwechsel sein. Nicht jeder wird uns deshalb mögen oder zumindest sachlich widerspiegeln. Also müssen wir uns um sehr direkte Kommunikation mit der Öffentlichkeit bemühen: Internet, Gespräche mit Multiplikatoren, Netzwerke schaffen, Auftritte in den Vereinen, Verbänden, Bürgerversammlungen, Veranstaltungen aller Art. Missmut über schlechtes Regieren macht noch keine Wechselstimmung. Dafür müssen wir schon selbst sorgen. Einstein hatte Recht: Inmitten der Schwierigkeiten liegt die Möglichkeit.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Cornelia Pieper

Inhalt elde 1 | 2005

Mosaik

- 3 Was soll das Jahr 2005 bringen?
- 4 Gewinnspiel: FDP will den Aufbau Nord
Aktion des Monats: Stadtplan für Blinde
- 5 Leserbrief – elde im Spiegel der Leser

Aktuell

- 6 Ein Konzept für die Integration
- 8 Wahlkampf in Schleswig-Holstein

Titelthema

- 10 Deutschland sucht Arbeit
und Rot-Grün rettet Algen

14 **Kampfeslustig und voller Zuversicht**
Liberale bereit zur Landtagswahl in NRW

15 **2005 - Jahr des beginnenden Wechsels**

16 **Ihr kommt doch wieder?**
Geschädigte der Flutkatastrophe
in Südasien stellen Fragen

Friedrich-Naumann-Stiftung

18 **Inhalte vertiefen –**
Methoden professionalisieren
Modernes Fortbildungsangebot für unter-
schiedliche Bedürfnisse politisch Aktiver

19 **Nach der Revolution – Beginnt eine**
neue Ära in der Ukraine?

20 **Pro & Contra: Haben heimliche**
Vaterschaftstests einen Wert?

23 **Fragebogen: Graham Watson,**
Vorsitzender der ALDE-Fraktion



6 Integrationskonzept



10 Rot-grüner Alltag



16 Flut in Südasien

Was soll das Jahr 2005 bringen?

elde fragt nach persönlichen Erwartungen an das begonnene Jahr

Das neue Jahr hat begonnen. Viele Erwartungen knüpfen sich sowohl politisch als auch ganz persönlich daran. Mit dem traditionellen Dreikönigstreffen wurde 2005 eröffnet, nun stehen die Wahlkämpfe in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen auf dem Programm. Die Redaktion von elde hat nachgefragt, welche Erwartungen mit 2005 verbunden werden:



Jürgen Koppelin, Vorsitzender der FDP Schleswig-Holstein: "Dass der Wahlerfolg der FDP in Schleswig-Holstein so beeindruckend ist, dass ich mich vor den vielen Einladungen der FDP aus NRW kaum noch retten kann und ich auch nach dem Wahlkampf immer noch so fit bin, diese auch alle anzunehmen."

Ingo Wolf, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW und Spitzenkandidat für die Landtagswahl: "Ich erwarte erst in Kiel den Regierungswechsel und dann für meine FDP in NRW den Sieg. Von der FDP erhoffe ich 2005, dass Bildung, die Förderung moderner Technologien und Bürgerrechte noch stärker in den Mittelpunkt rücken."



Werner Becker-Blonigen, 2004 wiedergewählter Bürgermeister von Wiehl: "Ich erwarte eine reformorientierte Aufwärtsbewegung in Deutschland, die uns wieder in Tritt bringt."

Birgit Homburger, stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion: „Ich hoffe, dass die Menschen in Deutschland endlich befreien, dass wir mit dieser Bundesregierung nicht weiter machen können.“



Rainer Brüderle, stellvertretender FDP-Bundes- und Fraktionsvorsitzender: "Mehr Freiheit auch in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein!"

Andreas Pinkwart, FDP-Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen: "Ich wünsche mir, dass wir in Nordrhein-Westfalen nach der Landtagswahl anfangen, das neue NRW zu bauen – mit einer Politik für mehr Jobs, bessere Bildung und mehr Freiheit für Forschung und Innovation. Das ist nicht nur unverzichtbar für NRW, sondern wäre auch ein starkes Signal für ganz Deutschland."

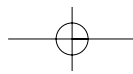


Wolfgang Kubicki, Spitzenkandidat zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein: "Die FDP als Regierungspartei in Schleswig-Holstein und im Anschluss daran einen Supersommer im schönsten Bundesland der Welt."

Christian Lindner, Generalsekretär der FDP Nordrhein-Westfalen: "Ende 2005 dürfen im Jahresrückblick drei Schlagzeilen nicht fehlen: 1. NRW-Wähler stimmen für Politikwechsel. 2. Ausstiegskonferenz beschließt Ende der Steinkohle-Subventionen. 3. NRW startet Bundesratsinitiative für radikale Steuerreform."



Walter Scheel, Ehrenvorsitzender der FDP: "Ich wünsche mir, dass es unseren tüchtigen Mitarbeitern gelingt, in einem Satz unsere politischen Absichten so verständlich zu formulieren, dass im Jahr darauf unsere klugen Mitbürger gar nicht anders können, als dem zuzustimmen."



Gewinnspiel: FDP will den Aufbau Nord

In wenigen Tagen, am 20. Februar 2005, wird in Schleswig-Holstein gewählt. Die Chancen, das seit 17 Jahren regierende rot-grüne Bündnis im Norden abzulösen, stehen sehr gut. Viele fleißige Helfer sind dabei, einen effektiven und wirksamen Wahlkampf zu führen. Sie haben selbst mitgeholfen? Sie kennen die Internet-Seite www.fdp-sh.de? Dann werden Ihnen die Antworten auf unsere Fragen nicht schwer fallen:



1. Wer steht hinter Wolfgang Kubicki auf Platz 2 der Landesliste zur Wahl in Schleswig-Holstein?

Progress bar for question 1: 10 segments, 5 filled.

2. Wer sagte beim Neujahrsempfang in Kiel: „Die CDU hat das Kreuz des Südens, wir haben das Licht des Nordens“?

Progress bar for question 2: 10 segments, 5 filled.

3. Wie hoch war die Investitionsquote unter Rot-Grün im Jahr 2003 in Schleswig-Holstein?

Progress bar for question 3: 10 segments, 2 filled, followed by a percentage sign.

4. Wie viele Gesetzesinitiativen hat die FDP-Fraktion in Schleswig-Holstein allein in der 15. Legislaturperiode eingebracht?

Progress bar for question 4: 10 segments, 2 filled.

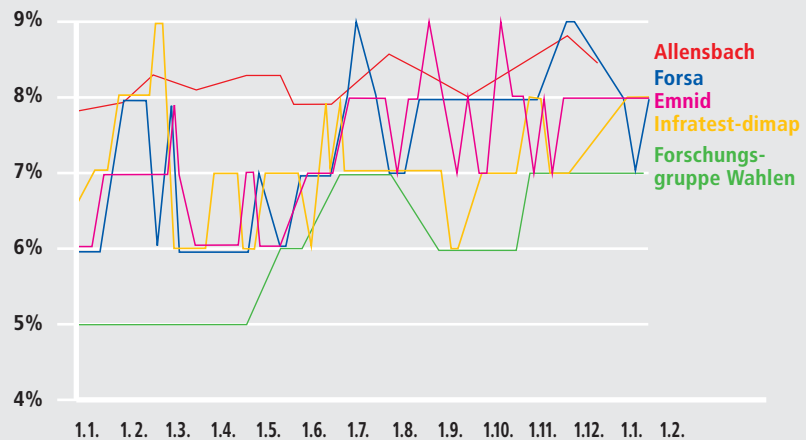
Senden Sie die hoffentlich richtigen Antworten an die Redaktion **elde**, Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin. Oder per Fax: 030/27572880. Oder per Mail an Roland.Kowalke@liberalverlag.de. Aus den richtigen Einsendungen verlosen wir diesmal einen Gutschein des Medienkaufhauses Dussmann im Wert von 30 Euro, einen Buchpreis sowie Werbemittel aus dem liberal-Verlag. Einsendeschluss ist der 21. Februar 2005.

FDP in der Kurve

Die Liberalen im Spiegel der Umfragen



Zwei entscheidende Wahlen stehen im Jahr 2005 auf dem Programm: die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 20. Februar und in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai (aktuelle Umfragen FDP bei 7%). Gelingt in beiden Ländern die Abwahl der rot-grünen Bündnisse, ist auch eine vorgezogene Bundestagswahl möglich. Hier die aktuelle Übersicht zur Sonntagsfrage, bezogen auf den Bundestag:

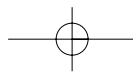


▲ktion des Monats: Delmenhorster Stadtplan für Blinde



Harald Schmidt ist blind, und deshalb war der in der Telefonzentrale des Rathauses beschäftigte Delmenhorster prädestiniert, als erster den neuen Stadtplan für sehbehinderte Menschen zu testen. Sein Urteil fiel durchweg positiv aus. Blinde und stark sehbehinderte Menschen können sich ein Exemplar kostenlos bei der Stadtmarketing GmbH im Rathaus abholen. Auf Initiative von Murat Kalmis, FDP-Ratsmitglied, entstand Anfang des Jahres die Idee, einen Stadtplan für Blinde und Sehbehinderte zu entwerfen. „Ohne Steuergelder, ausschließlich mit Sponsoren haben wir das Projekt finanziert“, betonte der Ratsherr nicht ohne Stolz. Auf Initiative von Murat Kalmis wurde auch ein ausleihbarer Elektro-Scooter für gehbehinderte Bürger und eine Sitzcke für die Jugendfeuerwehr gesponsert. Mehr unter www.murat-kalmis.de.

In dieser neuen Rubrik möchten wir Aktionen und Initiativen vorstellen, die in jeder Stadt und Gemeinde möglich sind und als Anregung dienen können. Haben Sie auch eine ähnliche Initiative gestartet? Dann teilen Sie das der elde-Redaktion mit unter Fax 030/27572880 oder per e-Mail Roland.Kowalke@liberalverlag.de. Wir freuen uns über jede Information.



elde eble

L E S E R B R I E F E

Zu: Brüderle: Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz Gesamtkonzept muss auf den Tisch



Es ist sicher richtig, dass die gegenwärtigen Regelungen der Mitbestimmung der Arbeitnehmer zum Teil reformbedürftig sind. Dieses aber allein unter dem Gesichtspunkt der globalen Wettbewerbsfähigkeit zu sehen, greift bei weitem zu kurz. Statt phantasie-

los die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten zu fordern wäre die FDP gut beraten, ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Arbeitnehmerbeteiligung in einer modernen Gesellschaft zu erarbeiten und offensiv zu vertreten. Neben dem bereits diskutierten Corporate Governance-Problem würde dazu auch u. a. die Rolle der Arbeitnehmer als Miteigentümer und deren stärkere Beteiligung am wirtschaftlichen Ergebnis, die Stärkung von Individualrechten gegenüber Kollektivrechten und die Gewährleistung der fairen Beteiligung der unteren und mittleren Führungsebene und freien Mitarbeiter (die eigentlich gar keine sind) gehören.

Jürgen Scholz, Bonn

Zu: Näher hin zum Bürger Verlässliche Politik vor Ort



Das Wahlergebnis zu den NRW-Kommunalwahlen kann man mit Blick auf das Wahljahr 2005 gar nicht hoch genug werten. Zeigt es doch mehr als deutlich, dass die Menschen konsequente und verlässliche Politik vor Ort sehr schätzen. Vor allem die Tatsache,

dass die Liberalen nicht nur in den liberalen Hochburgen zulegen konnten, sondern auch beste Ergebnisse in der Nachkriegsgeschichte erreichten, lässt für den 22. Mai 2005 viel erwarten. Eine starke Regierungspartei FDP in NRW hätte entscheidenden Einfluss auf das politische Deutschland. Da kann man nur hoffen, dass der Satz „Die FDP ist regierungsfähig“ nicht nur ein Wahlkampfeslogan ist.

Manfred Metting, Essen

Zu: Pro & Contra: Soll der Bund weiter mitreden bei der Bildung?

Berechtigtes Interesse

Der Beitrag zu dieser wichtigen Frage hat gefallen. Frau Pieper vertritt ein berechtigtes Interesse des Bundes an Mitsprache. Es kann nur verwundern, wenn heute selbst viele FDP-ler die föderale Schamai blasen. Einst stand unsere Partei dem übertriebenen Föderalismus kritisch gegenüber. Was hat sich denn seither geändert? Sind die Länder etwa unwichtiger geworden? Doch kaum, betrachtet man den Einfluss des Bundesrats.

Wenn man sich einmal nicht in Details verliert, sondern die Sache grundsätzlich betrachtet, dann gilt doch, dass wir Deutschen auch eine gemeinsame Kultur haben. Problem ist bestenfalls, dass sie nicht nur für Deutschland, sondern auch für weitere Staaten von Bedeutung ist. Wer wie ich viermal mit Familie durch verschiedene Länder umzog, kann ein Lied singen von den Problemen mit dem Schulföderalismus. Also sollte man die Kirche im Dorf lassen und dem Bund geben, was des Bundes ist. Nicht zuletzt sollte bedacht werden, dass die EU zunehmend zum Hauptspieler wird und dadurch die Kulturbelange womöglich eines Tages den wesentlichen Bestandteil einzelstaatlicher Selbstständigkeit bilden. So betrachtet, finde ich es recht schäbig, wenn nun die Stellungnahme der Generalsekretärin dafür herhalten muss, auch in unserer Partei noch ein öffentliches Kesseltreiben gegen eine Führungspersonlichkeit anzuzetteln. Das ist die Methode, um das entscheidende Ziel zu verfehlen, nämlich die Ablösung der rot-grünen Unfähigkeit.

Hartmut A. Paul, Wolfach

Niemand verlangt die Einheitsschule

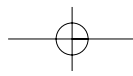
Frau Pieper hat, wohl mit Rücksicht auf andersdenkende Parteifreunde, das einleuchtendste Argument gar nicht genannt: In allen wichtigen Bereichen der Politik glauben wir im internationalen Vergleich besser und effizienter zu werden, wenn wir unsere Kräfte gemeinsam mit denen der anderen europäischen Staaten bündeln (Außenpolitik, Wirtschaft, Umwelt, etc.). Ausgerechnet das Feld, in dem wir nachgewiesenermaßen ein erhebliches Defizit gegenüber den anderen haben, wollen wir aber lieber winzigen Einheiten wie z. B. dem Saarland oder Bremen überlassen. Niemand verlangt eine Einheitsschule, aber eine zentrale Lenkung wäre sicher effizienter, als in einem vermeintlichen Wettbewerb 16 mal das Rad neu zu erfinden. Unterschiedliche Schulsysteme für unterschiedliche Individuen sind wichtig, aber bitte flächendeckend, nicht in jedem Bundesland anders. Zentralismus ist sicher keine liberale Tugend, Kleinstaaterei aber noch viel weniger. Bei so weit in die Zukunft weisenden Themen wie der Föderalismusdebatte darf man sich nicht von der tagesaktuellen Machtverteilung in den Parlamenten leiten lassen.

Jan-Grigor Schubert, Senden

Wir freuen uns auf Ihre Post!

Ihre Briefe an:
Redaktion elde,
Reinhardtstr. 14,
10117 Berlin,
Telefon 030/27572879,
Fax 030/27572880,
e-Mail Roland.Kowalke
@liberalverlag.de





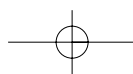
Deutschland ist und bleibt ein Zuwanderungsland

Der sächsische FDP-Bundestagsabgeordnete Klaus Haupt hat ein umfassendes Integrationskonzept erarbeitet

Hoyerswerda ist die Heimat des Bundestagsabgeordneten Klaus Haupt. Hoyerswerda – jene Kleinstadt in Sachsen, die unruhlich in die Schlagzeilen geriet, als zum ersten Mal nach der Wiedervereinigung gewalttätige Übergriffe auf Ausländer- und Asylbewerberheime in Ostdeutschland stattfanden. Klaus Haupt läßt das Problem Ausländerfeindlichkeit seit Jahren nicht los.

„Den alltäglichen Umgang mit dem Anders-Sein haben viele Ostdeutsche nicht gelernt. Es gab ihn in der DDR kaum“, stellt er rückblickend fest, ohne dies als Entschuldigung gelten zu lassen. Urteilt man nach der Statistik, so dürfte es in Ostdeutschland eigentlich kein reales Problem mit dem Ausländeranteil geben: Er liegt bei durchschnittlich nur 3,2 Prozent. Als Sprecher für Integration, Jugend und Senioren der FDP-Bundestagsfraktion weiß Haupt, dass die „gefühlte Bedrohung durch Ausländer“ ein gesamtdeutsches Phänomen ist. Er warnt vor einfachen Erklärungen, die ausschließlich auf der Konkurrenzsituation im Arbeitsmarkt aufbauen.

„Bevor wir Lösungen suchen, müssen wir die Probleme erkennen und deutlich benennen,“ fordert Klaus Haupt. Für ihn steht fest: „Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Zuwanderungsland und wird es bleiben. „Es wurde in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik vieles versäumt, das sich jetzt rächt,“ sagt Haupt. Um die vorhandene Ausländerskepsis abzubauen und zukünftig eine vernünftige und wirksame Integration umzusetzen, hat Klaus





FDP im Dialog mit den Religionen

- Die Freien Demokraten haben eine Reihe von Initiativen in Gang gesetzt für eine bessere Integration ausländischer Mitbürger. Gesprächspartner sind dabei neben muslimischen Repräsentanten auch Interessenvertreter aller in Deutschland vertretenen Religionen.
- Generalsekretärin Cornelia Pieper hatte Ende Januar zu einem Gespräch eingeladen, bei dem Experten der FDP und Vertreter der Muslime in Deutschland insbesondere über die Einführung des „Zwangsheirat-Bekämpfungsgesetzes“ diskutierten. Ziel war es, den Unrechtscharakter der Zwangsverheiratung zu verdeutlichen und Wege zu finden, um die bestehenden Zwangsehen wirksam ahnden zu können.
- Insbesondere der Bundesvorsitzende Guido Westerwelle und Bundesvorstandsmitglied Mehmet Daimagüler bemühten sich nach den Ereignissen in den Niederlanden um den interreligiösen Dialog.

Haupt für seine Fraktion ein umfassendes Konzept zur Migration und Integration erarbeitet. Es soll ausgewogene Lösungsansätze zwischen Freiheit und Verantwortung aufzeigen. Das Konzept sieht im Rahmen einer nachholenden Integration Beratung, Begleitung und Integrationskurse vor, die sich am Bedarf und an den einzelnen Zielgruppen orientieren. Dem Angebot von Hilfestellungen muss nach Auffassung der FDP-Bundestagsfraktion auf Seiten der Migranten die vorbehaltlose Akzeptanz der in der Bundesrepublik bewährten Grundwerte und der geltenden Gesetzordnung gegenüberstehen. Einfach gesagt: Wer in Deutschland leben will, muss die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Schulpflicht für alle Kinder und den Grundsatz, dass eigene Kultur und Religion niemals Verstöße gegen die Menschenrechte – z.B. die Zwangsheirat – rechtfertigen, anerkennen und befolgen. Um die deutschen Gesetze und die deutsche Kultur besser kennen zu lernen, sollen auch bereits hier lebende Ausländer bei Bedarf zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichtet werden. Weitgehend einig sind sich alle politischen Parteien, dass das Beherrschen der deutschen Sprache für die Integration elementar ist. Die

FDP-Bundestagsfraktion will die Sprachkompetenz von Kindern, Jugendlichen, aber auch Erwachsenen stärker in den Fokus rücken. „Kindertageseinrichtungen müssen den pädagogischen Auftrag bekommen, Integration besonders zu fördern. Genauso sollte es spezielle Angebote für Eltern von Migrantenkindern geben, die dies unterstützen,“ fordert Klaus Haupt. Entscheidend sei jedoch der „Integrationsfaktor Arbeit“ für erwachsene Migranten. „Für Zuwanderer sollten die Zugangshürden zum Arbeitsmarkt gesenkt werden, indem man beispielsweise gleichzeitig zum Aufenthaltsrecht die Arbeitsgenehmigung erteilt. Vergessen wir nicht: Ausländer schaffen in Deutschland auch Arbeitsplätze. Sie bereichern mit ihren Erfahrungen die Arbeitswelt“, ist Klaus Haupt überzeugt.

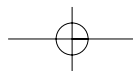


Klaus Haupt im Gespräch mit dem Vize-Präsidenten der islamischen Vereinigung DITIB und dem Kulturattaché der türkischen Botschaft in der Sehitlik-Moschee in Berlin.

Foto: Bettina Lauer

Die gesellschaftliche und politische Teilnahme der Ausländer in Deutschland, wie sie von der FDP im Deutschen Bundestag angestrebt wird, stellt klare Anforderungen an die Religionsgemeinschaften und die Kommunen. So schlägt Haupt unter anderem vor: „Moschee-Vereine sollen ihre Ziele und Veranstaltungen in deutscher Sprache kommunizieren und zu Predigten, die nicht auf Deutsch gehalten werden, eine Übersetzung anbieten. Damit signalisieren sie der deutschsprachigen Bevölkerung Offenheit, die für das gegenseitige Verständnis unabdingbar ist.“ Das Integrationskonzept der FDP-Fraktion sieht zudem ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige vor und die Möglichkeit, einen Einbürgerungsantrag vorzeitig zu stellen. „Entscheidend für einen erfolgreichen Integrationsprozess und damit Ziel für die Politik ist die Einbürgerung,“ schließt Klaus Haupt.

Susanne Bühler



Wolfgang Kubicki, Christel Happach-Kasan, Hans-Dietrich Genscher und Jürgen Koppelin.

Weckruf für das Land

Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 20. Februar 2005

Scharfe Angriffe auf die rot-grüne Koalition standen im Mittelpunkt des Neujahrsempfanges, mit dem die schleswig-holsteinische FDP in das Landtagswahljahr 2005 gestartet ist. Die Wahl am 20. Februar könne zum Weckruf für das Land werden, sagte Fraktionschef Wolfgang Kubicki in Kiel. An dem Empfang nahm auch der FDP-Ehrenvorsitzende Hans-Dietrich Genscher teil. Kubicki kritisierte besonders die große Arbeitslosigkeit und die hohe Verschuldung, mit denen Schleswig-Holstein im bundesweiten Vergleich sehr schlecht dastehe. In den letzten Jahren sei es mit dem Land stetig bergab gegangen. „Es wäre ein kleines Wunder nötig, um dem Land wieder auf die Beine zu helfen. Es ist unser Ziel, dieses kleine Wunder zu ermöglichen. Wir werden alles tun, um die Wachstumspotentiale, die im Land zweifellos vorhanden sind, zu stimulieren, damit in Schleswig-Holstein wieder Wachstum stattfindet“, so Kubicki.

„Die CDU hat das Kreuz des Südens, wir haben das Licht des Nordens.“

Hans-Dietrich Genscher
über die Nord-FDP

„Wir Liberalen wollen mit konkreten Konzepten und Alternativen deutlich machen: Wir brauchen einen Politikwechsel, und wir können es besser“, bekräftigte Landeschef Jürgen Koppelin. Hans-Dietrich Genscher widmete einen großen Teil seiner Rede der Flutkatastrophe und den Folgen in Südostasien. Er forderte, der Region langfristig zu helfen. „Wir werden auch noch gebraucht, wenn die Fernsehkameras keine

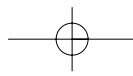
„Rot-Grün muss weg vom Fenster, damit Schleswig-Holstein wieder Aussicht hat.“

Jürgen Koppelin



Schreckensbilder mehr liefern.“ Genscher verband seine Wünsche für einen Wahlerfolg der Nordliberalen mit großem Lob für Kubicki und Koppelin.

Christian Albrecht



Traurige Bilanz Nord: Jeden Monat 300 Jobs über Bord

Eine Zahl, wenn nicht die Zahl dieser Tage verdeutlicht, was ich meine. In Schleswig-Holstein sind 150.000 Männer und Frauen arbeitslos. Das entspricht einer Quote von 10,5% und ist Spitze in Deutschlands Westen. Kein anderes Land, nicht einmal das von einem beispiellosen Strukturwandel heimgesuchte Nordrhein-Westfalen mit dem Ruhrgebiet, übertrifft unser Land. Nach 17 Jahren roter und grüner Regierung ist die Arbeitslosigkeit im Norden so hoch wie seit 1952 nicht mehr, und es lohnt ein Blick auf die vergangene Entwicklung, um die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Seit 1996, dem Jahr, in dem die Grünen in die Regierung eintraten, hat die Zahl der arbeitslosen Frauen und Männer von 120.000 auf 150.000 zugenommen. Das bedeutet nichts anderes, als dass in den letzten neun Jahren rot-grüner Regierung jeden Monat nahezu 300 Männer und Frauen ihren Job verloren haben, mit allen negativen Folgen für die Menschen und die Entwicklung unseres Landes.

Zur gleichen Zeit sind die Schulden unseres Landes um mehr als 30 % gestiegen. Auch hier liegen wir mit über 20 Mrd. Euro und der höchsten Verschuldung pro Kopf an der Spitze des alten Bundesgebietes.

Wolfgang Kubicki, Spitzenkandidat der FDP Schleswig-Holstein



Fünf Tatsachen zur Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein

- ▶ Seit Jahren sinkt der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung Schleswig-Holsteins: Inzwischen sind es nur noch 43%.
- ▶ Seit 1996, seitdem Rot-Grün regiert, ist die Zahl der arbeitslosen Menschen in Schleswig-Holstein um 30.000 gestiegen.
- ▶ Neujahr 2005 waren 146.584 Menschen in Schleswig-Holstein arbeitslos. Mehr waren es zuletzt vor 53 Jahren: 1952.
- ▶ Von allen westdeutschen Flächenländern hat Schleswig-Holstein die höchste Arbeitslosenquote: 11,8 %*.
- ▶ 2000 versprach Heide Simonis, sie werde dafür sorgen, dass Anfang 2005 niemand länger als sechs Monate arbeitslos bleiben müsse: Tatsächlich sind heute fast 51.000 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos.

Alle Zahlen stammen von der Bundesagentur für Arbeit.

*Bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Wähler stimmen über bessere Bildung ab

FDP fordert ein gegliedertes Schulwesen für das Bundesland

Eine rot-grüne Einheitsschule schadet unseren Kindern und damit unserer Zukunft. Deshalb fordert der FDP-Spitzenkandidat der FDP Schleswig-Holstein: „Die Wählerinnen und Wähler werden in diesem Wahlkampf auch eine Entscheidung über die zukünftige Ausrichtung unseres schulischen Bildungssystems treffen.“

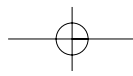
Schleswig-Holsteins Schüler schneiden bei nationalen und internationalen Vergleichen meist unterdurchschnittlich ab. Kein Wunder: Schleswig-Holsteins Schüler erhalten 13 % weniger Unterricht als im deutschen Durchschnitt. Zu wenig



Unterricht führt zu noch mehr Schulabbrechern. In Schleswig-Holstein verlassen überdurchschnittlich viele Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss. Im gesamten Bundesgebiet verließ im Jahr 2003 jeder dreizehnte Jugendliche ohne Abschluss die Schule, in Schleswig-Holstein ist es jeder zehnte Schüler.

Eine von Rot-Grün geforderte Einheitsschule würde das Ziel einer sozialen Gerechtigkeit verfehlen. Je weniger die staatlichen Schulen zu einer individuellen Förderung der Schüler in der Lage sind, desto mehr werden sich Eltern, die dies können, um privaten Ausgleich oder Ersatz bemühen. Im Ergebnis würden soziale Unterschiede eher vertieft als verringert. Und: Mit Einführung der Einheitsschule würde Rot-Grün auch die Schulart zerstören, die im deutschen PISA-Ländervergleich den 1. Platz noch vor den bayerischen und baden-württembergischen Schulen erreicht hat: die schleswig-holsteinischen Gymnasien. Beim Bundeswettbewerb „Jugend forscht“ gingen im vergangenen Jahr 42 Preise an Schüler von Gymnasien.

Christian Albrecht



JOB

Vermittlung

Alltag unter Rot-Grün:



Unterwegs auf den Fluren von Arbeitsagenturen und bei der Rettung der Armleuchteralge

Verwaltung der Sorgen statt Gestaltung fürs Morgen

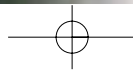
Ende Dezember 2004. Auf dem Flur der Bundesagentur für Arbeit in Dortmund. Noch im alten Jahr zahlt die Behörde einen Teil des zustehenden Arbeitslosengeldes II aus. Einige Besucher sind mit ganz speziellen Fragen gekommen, wie der 52-jährige Tiefbauarbeiter, der eine Ich-AG gründete und jetzt nicht versteht, warum sein Existenzgründungszuschuss auf die Zahlungen der Arbeitsagentur angerechnet wird. Ein Dachdecker, Anfang 40, ist zum Jahresende entlassen worden und stellt jetzt erst seinen Antrag. Wie der Tiefbauarbeiter ist er ziemlich skeptisch, angesichts der „harten Konkurrenz aus Osteuropa“ bald wieder einen Job zu finden.

Der FDP-Arbeitsmarktexperte Dirk Niebel weiß um die Sorgen in den Arbeitsagenturen. „Nach der Antragsbearbeitung muss die Bundesagentur für Arbeit jetzt wieder ihren Kernaufgaben



Dirk Niebel

nachkommen. Das ist vorrangig die Vermittlung in Beschäftigung. Ältere Arbeitnehmer haben es nach wie vor schwer, solange der Jugendlichkeitswahn in den Unternehmen grassiert“, sagt Niebel. Lebenserfahrung und gesunder Menschenverstand gepaart mit Fachkompetenz dürfe nicht so leichtfertig abgeschoben werden. „Die Bundesregierung muss allerdings die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so verbessern, dass deutsche Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben“, fordert der 41-jährige Diplom-Verwaltungswirt.





Fotos: ProLivePhoto, ddp



Unklare Folgen für den Haushalt

Starker Andrang bei der Geschäftsstelle der Agentur für Arbeit in Eutin am ersten Öffnungstag im neuen Jahr. Das ist nicht anders als sonst an einem Monatsanfang, sagen die Mitarbeiterinnen. „Wegen Hartz IV waren bisher nur zwei Leute da, und die auch nicht wegen Barauszahlung, sondern wegen anderer Anliegen“, sagt die Geschäftsstellenleiterin. Die Überweisung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) sei in ihrer Dienststelle kein Problem gewesen. „Trotz mancher Pannen haben es die Sozialämter und die Arbeitsagenturen geschafft, dass das Arbeitslosengeld II ausgezahlt werden kann“, stellt Dirk Niebel fest. „Unklar bleiben die finanziellen Folgen für den Haushalt. Die Arbeitsagenturen und Kommunen schieben Überstundenberge vor sich her, es wurden mehr Anträge bewilligt als geplant und die Pannenhilfe der Banken verursacht ebenfalls erhebliche Mehrkosten.“

Leistung nur mit Gegenleistung

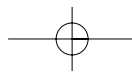
Nicole O. hat einen Zettel in der Hand, auf dem die Zahl 187 steht. Es ist ihr Ticket zum Beratungsgespräch. Vor einer Stunde hat man ihr am Infotisch gesagt, es werde etwa zwei Stunden dauern, bis ihre Nummer an der Reihe ist und man sie zum Gespräch ruft. In den Händen hält sie das Antragsformular für das Arbeitslosengeld II. Ihr Gesicht ist ratlos. „Die Fragen sind nicht verständlich, es wimmelt von unterschiedlichen Rechtsbegriffen. Was ist jetzt die Bedarfsgemeinschaft und was die Hausgemeinschaft?“ Sie hofft, Antworten zu bekommen. So wie diese „Kundin“ in der Arbeitsagentur in Kiel sehen viele Betroffene der Zukunft mit Sorge entgegen. Während vor der Tür die Wahlplakate der SPD für mehr soziale Gerechtigkeit werben, schimpft auf dem Flur des Arbeitsamtes Giselde F. lautstark über das Ergebnis ihres Beratungsgesprächs: „Von wegen Fördern und Fordern, gefordert wird im-

...und es geht doch!



Beispiel 1: Rheinland-Pfalz

- Die FDP war die treibende Kraft für die Umwandlung des ehemaligen Militärflughafens Hahn in einen strukturschwachen Hunsrück in einen zivilen Flughafen. Inzwischen sind auf dem Hahn über 3000 Menschen beschäftigt, und es haben sich weit mehr als 100 Firmen angesiedelt.
- Mit der Gründung des Landesbetriebes Straßen und Verkehr (LSV) wurde eine moderne Verwaltungsstruktur aufgebaut. Sie arbeitet mit den in der freien Wirtschaft bewährten Prinzipien und betriebswirtschaftlichen Strukturen.
- Die FDP war und ist in Rheinland-Pfalz die treibende Kraft für den weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Die vor der letzten Wahl versprochene Mobilitätsoffensive wurde inzwischen umgesetzt. Und in den beiden kommenden Jahren geht es weiter: Im Doppelhaushalt 2005/2006 sind insgesamt 114 Millionen Euro für Investitionen im Straßenbau vorgesehen.
- Die FDP hatte die Abschaffung der Bezirksregierungen gefordert und in der vergangenen Legislaturperiode durchgesetzt. Die Verwaltungskosten wurden ebenso deutlich gesenkt wie die Zahl der Verwaltungsvorschriften. Die FDP fordert jetzt eine umfassende kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform, die nach der nächsten Landtagswahl 2006 ein zentraler Bestandteil von Koalitionsverhandlungen werden soll.
- In Rheinland-Pfalz ist eine besondere Kultur der Selbstständigkeit und ein leistungsstarker Mittelstand entwickelt worden. Das Land hat die drittniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Eine zentrale Rolle spielt dabei die vor zehn Jahren auf Initiative der FDP gegründete Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz.
- Die FDP hat Zeichen in der Bildungspolitik gesetzt: größere Eigenständigkeit der Schulen, die Gründung von Hochbegabtschulen, die Einführung von Vergleichsarbeiten und das Qualitätsmanagement. Vorreiter ist Rheinland-Pfalz auch mit seinem Angebot freiwilliger Ganztagschulen.
- Im Justizbereich wurden die Organisationsstrukturen modernisiert – Rheinland-Pfalz hat bundesweit die kürzesten verwaltungsgerichtlichen Verfahren und als erstes Land die elektronische Kommunikation durchgehend innerhalb eines Instanzenweges. Mitte dieses Jahres wird der elektronische Rechtsverkehr in der gesamten Verwaltungsgerichtsbarkeit möglich sein. *Horst-Günter Herold*



...und es geht doch!

Beispiel 2: Sachsen-Anhalt

- ▶ Das Land ist führend bei der Biotechnologie. Mit einer von den Liberalen ausgehenden Biotechnologie-Offensive setzt das Land auf die zukunftssträchtige Grüne Gentechnik. Mit intensiver Unterstützung der Regierung konnte von Sachsen-Anhalt aus der bundesweite Erprobungsanbau von Bt-Mais gestartet und koordiniert werden.
- ▶ Die Förderpolitik wurde umgestellt auf zukunftssträchtige Branchen und Investitionen, mit denen Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. Die neu geschaffene landeseigene Investitionsbank bündelt zudem Kreditvergabe, Förderprogramme und Beratung unter einem Dach und macht Schluss mit dem undurchsichtigen Förderdschungel.
- ▶ Die FDP hat zwei Investitionserleichterungsgesetze angeregt und durchgesetzt. So konnten zahlreiche investitions-hemmende und bürokratische Regelungen, z. B. das unsinnige Vergabegesetz, abgeschafft werden.
- ▶ Die FDP ist treibende Kraft bei einer umfassenden Verwaltungsreform. Die Hälfte der Verwaltungsgemeinschaften und der Landkreise werden abgeschafft.
- ▶ Mit den Bundesratsinitiativen zur Ladenöffnung und zur Bewerbung Sachsens-Anhalts als Modellregion für Bürokratieabbau und Deregulierung erhöht die FDP den Druck auf die Bundesregierung. *Christian Faßelt*



mer. Aber ein Angebot für einen Arbeitsplatz bekomme ich trotzdem nicht!" Unzufrieden verlässt sie die Agentur.

Dirk Niebel kennt das Problem: „Deshalb will die FDP nach wie vor, dass die Betreuung der Langzeitarbeitslosen von den Kommunen übernommen wird, weil sie mehr Erfahrung mit dieser Personengruppe haben. Die Einhaltung des Prinzips von Fördern und Fordern sowie die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien werden dafür sorgen, dass Bedürftige nur noch eine Leistung erhalten, wenn sie bereit sind, eine Gegenleistung zu erbringen. Die sogenannten Ein-Euro-Jobs dürfen dabei nur zur Überprüfung der Arbeitsbereitschaft und zur Eingliederung in den Arbeitsprozess dienen. Alles andere gefährdet reguläre Arbeitsplätze. Eine günstigere Hinzuverdienstregelung wäre ein besserer Anreiz zur Arbeitsaufnahme gewesen als das jetzt geltende Verfahren“, erklärt er.

Keine neuen Arbeitsplätze

Mit den Entscheidungen für das Reformvorhaben Hartz IV und die Einführung des Arbeitslosengeldes II gehen die Bemühungen der rot-grünen Bundesregierung zwar zaghaft in die richtige Richtung, damit entsteht aber noch kein einziger neuer Arbeitsplatz. Im Gegenteil. Durch Entscheidungen von Rot-Grün in den Ländern werden weitere Arbeitsplätze vernichtet.

Ein besonders drastisches Beispiel der Politik von Rot-Grün gegen die Schaffung neuer Arbeitsplätze erleben derzeit die Bürger Lübecks im Streit um den Ausbau des Flughafens Blankensee. Das Genehmigungsverfahren zur Verlängerung der Start- und Landebahn und eines Rollweges wurde monatelang mit einer zwölfseitigen Bedingungs-forderung des grünen Umweltministers Klaus Müller blockiert, die in der Forderung gipfelte, den Umzug der dort lebenden Armleuchteralge unter Begleitung von Mitarbeitern des Kieler Instituts für Landwirtschaftsökologie zu sichern. Der Investor des geplanten millionenschweren Ausbaus machte klar, dass er beim Eingang dieser Forderungen in den Planfeststellungsbeschluss abspringen würde. Die Folge wäre die Abwicklung des Airports und die Vernichtung weiterer Arbeitsplätze.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion und Landesvorsitzende der FDP in Schleswig-Holstein, Jürgen Koppelin,

...und es geht doch!

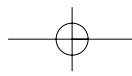


Beispiel 3: Das liberale Bürgergeld

- ▶ Die durch Partei und Bundestagsfraktion eingesetzte Kommission Bürgergeld/Negative Einkommensteuer unter Vorsitz von Prof. Dr. Andreas Pinkwart hat aktuell ein Ergebnis-papier auf Grundlage der geltenden Rechtslage erarbeitet. Das liberale Bürgergeld ist der zentrale Lösungsansatz für ein transparentes und dadurch gerechtes Sozialsystem. Und es ist der entscheidende Reformschritt für die Aktivierung der Arbeitslosen hin zu einer regulären Erwerbstätigkeit. Es setzt das Leistungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft im Niedriglohnbereich wieder in Kraft: Die Anrechnung eines Erwerbseinkommens auf staatliche Hilfen muss so gestaltet sein, dass derjenige, der arbeitet, spürbar mehr bekommt als derjenige, der nicht arbeitet. Hierzu sind ausreichende Hinzuverdienstmöglichkeiten notwendig. Die Arbeitsmarkt-reformen (Hartz-IV-Gesetze) leisten hierzu einen ersten, aber nicht hinreichenden Beitrag. Das Bürgergeld erhebt den Anspruch, darüber hinaus das gesamte Sozialsystem beschäftigungswirksam zu modernisieren und dieses in ein Steuer-Transfer-System aus einem Guss zu integrieren. Bedürftige werden unterstützt und vor den Findigen und Faulen geschützt. Das Bürgergeld ist zudem ein wichtiger Beitrag zum Bürokratieabbau und zur Effizienzsteigerung der Sozialverwaltung.

Rudi Hielscher

Informationen unter www.andreas-pinkwart.de.





Fotos: ddp, dpa

dazu: „Die FDP Schleswig-Holstein folgt beim Umweltschutz der in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda 21. Diese Leitlinie ist auf einen Ausgleich bedacht, weshalb Umwelt- und Naturschutz nicht zur Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger führen darf. Wirtschaftliche und soziale Interessen der Bürger sind bei der Folgenabwägung von politischen Maßnahmen mit einzu-beziehen.“



Jürgen Koppelin

Die Ansiedlung neuer Investoren ist in dem Küstenland unter Rot-Grün schwierig. Ein Beispiel: Fünf Jahre lang haben die Behörden einen Antrag auf ein großes Wellness-Center in Nordfriesland hin- und hergeschoben. In dem Center sollten ein Hotel, ein Kongresszentrum für 6000 Besucher sowie ein Golfplatz, eine Eishalle, ein Tierpark, ein Reiterhof und 250 Sommerhäuser entstehen – natürlich mit dem entsprechenden Angebot an Arbeitsplätzen. Inzwischen haben die Investoren das rot-grüne Behörden-Wirrwarr satt und sind ins benachbarte Dänemark gezogen. Der Realisierung steht dort nichts im Weg. Wieder gehen in Deutschland Arbeitsplätze verloren.

Jürgen Koppelin sieht hier eine immer größer werdende Gefahr für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein, aber auch für Deutschland: „Die Politik von Rot-Grün hat zu einem Rückgang der öffentlichen Investitionen geführt. Dadurch wurde das Wirtschaftswachstum Schleswig-Holsteins gebremst, viele Arbeitsplätze vernichtet und viele mögliche Arbeitsplätze verhindert. Zudem wurde in den letzten Jahren den Kommunen viel Geld entwendet, um damit die Haushaltslöcher zu stopfen. Diese unverantwortliche Politik hat das Land nahezu ruiniert. Die FDP wird diese katastrophale Finanzpolitik beenden und verantwortungsbewußt im Sinne der hier lebenden Menschen handeln. Das haben die Bürgerinnen und Bürger verdient.“ *woe./Susanne Bühler*



...und es geht doch!

Beispiel 4: Baden-Württemberg

► Ohne die Liberalen hätte es die Privatisierung der Landesanteile an der Energie Baden-Württemberg (EnBW) nicht gegeben. Aus diesen Erlösen speist sich die Zukunftsoffensive III des Landes: 562 Millionen Euro werden in dieser Legislaturperiode vorrangig in Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sowie in neue Technologien investiert.

► Als Antreiber erweist sich die FDP/DVP-Landtagsfraktion bei der Reform des Gemeindefinanzrechts. Es kann nicht sein, dass Städte und Gemeinden als Unternehmer zu Lasten von privaten mittelständischen Betrieben beispielsweise in der Energietechnik und im Landschafts- und Gartenbau agieren.

► Die Beharrlichkeit der FDP für mehr Bürgerbeteiligung bei kommunalen Entscheidungen hat sich auszahlt. So wird jetzt das für das erfolgreiche Zustandekommen von Bürgerentscheiden erforderliche Quorum von 30 auf 25 Prozent gesenkt. Und es wird der Themenkatalog, bei dem die Bürger und Bürgerinnen in Zukunft direkt entscheiden können, erweitert.

Hans Ilg



...und es geht doch!

Beispiel 5: Niedersachsen

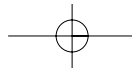
► Mit dem neuen Schulgesetz, das u.a. die Abschaffung der Orientierungsstufe und die Einführung des Zentralabiturs nach 12 Jahren beinhaltet, sind der FDP entscheidende Schritte auf dem Weg zur eigenverantwortlichen Schule gelungen. Weitere werden folgen.

► Niedersachsen hat eine ganze Verwaltungsebene, nämlich die Mittelinstanz, komplett aufgelöst. Vor der Abschaffung der Bezirksregierungen sind alle Aufgaben überprüft worden, um sie entweder abzuschaffen, zu privatisieren, zu kommunalisieren oder neu zu organisieren. Nach und nach sollen 6000 Stellen im Landesdienst abgebaut werden. Verwaltungswege sind vereinfacht worden.

► Die Regierungskoalition hat sich das Thema Entbürokratisierung unter Federführung des Wirtschaftsministeriums auf die Fahnen geschrieben. Per Bürokratie-TÜV sind 50 Gesetze bereits ersatzlos gestrichen worden oder weggefallen, dazu 541 Verordnungen.

► Das FDP-geführte Umweltministerium hat ein komplettes Landesamt aufgelöst. Nach der Devise „Umweltpolitik mit den Menschen“ wird auf schlanke und dezentrale Strukturen gesetzt.

► Die Liberalen haben immer wieder auf die Dringlichkeit einer Reform der Kultusministerkonferenz hingewiesen. Durch diesen Druck kommt es zu einer deutlichen Entschlackung der KMK-Strukturen. *Dr. Silke Schaar*



Ingo Wolf, Guido Westerwelle, Hans-Dietrich Genscher und Andreas Pinkwart.



Über 800 Gäste beim Neujahrsempfang der NRW-FDP.

Fotos: nrw bild.de

Kampfeslustig und voller Zuversicht

FDP bereit zur Landtagswahl am 22. Mai 2005

Die nordrhein-westfälische FDP will bei der Landtagswahl Ende Mai wieder drittstärkste Kraft in NRW werden. Er wolle „10 Prozent plus x“ holen und die Grünen übertreffen, sagte der Spitzenkandidat der Partei für die Wahl, Fraktionsvorsitzender Ingo Wolf, vor 800 Gästen auf dem Neujahrsempfang der FDP in Düsseldorf, darunter auch der Ehrenvorsitzende Hans-Dietrich Genscher. Aus dieser „starken Position“ heraus woll-

ten die Liberalen dann in die Regierungsverantwortung kommen. Die Voraussetzungen dafür seien hervorragend.

Nach einer letzten Emnid-Umfrage gibt es eine klare Wechselstimmung in NRW: 53 Prozent bezeichneten die SPD nach 39 Regierungsjahren als „kraft- und ideenlos“. Nur 41 Prozent sprachen sich für eine Fortsetzung von Rot-Grün aus. Ebenso wie Wolf attackierten auch Parteichef Guido Westerwelle und NRW-Generalsekretär Christian Lindner die Grünen scharf. Westerwelle machte die Grünen für die schlechte wirtschaftliche Lage und die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich. „Es muss Schluss sein mit der hysterischen Umweltpolitik, die die Unternehmen aus dem Land vertreibt“, forderte er. Lindner sagte, Frau Höhn habe angekündigt, sie habe noch viele Ideen. „Was für eine Drohung“, so Lindner. Landesvorsitzender Andreas Pinkwart kündigte an, die Landtagswahl „zu einer Volksabstimmung über die künftige Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen zu machen“.

Andreas Zimmermann

Kinder fördern statt Steinkohle



Die NRW-FDP sieht neue Verhandlungsspielräume für den von ihr geforderten Ausstieg aus der Steinkohleförderung in NRW. Nach Angaben der Bundesregierung gibt es eine rechtliche Grundlage für Subventionen nur bis 2008 und nicht wie angenommen bis 2012. Dies eröffne „tolle Perspektiven“ und die Chance, noch in diesem Jahrzehnt den Ausstieg zu realisieren, sagte FDP-Landeschef Andreas Pinkwart. Im

Falle einer Regierungsbeteiligung nach der Landtagswahl im Mai, für die die FDP eine sofortige Ausstiegskonferenz zur Bedingung gemacht hat, will die FDP „Kinder und Innovationen fördern statt Steinkohle“, sagte Pinkwart.



2005 Das Jahr des beginnenden Wechsels

Dreikönigstreffen: Kontinuität für Baden-Württemberg, Aufbruch für eine neue Politik im Bund – und beides liberal



Hermann-Otto Solms, Silvana Koch-Mehrin, Andreas Pinkwart, Cornelia Pieper, Guido Westerwelle, Ernst Pfister, Birgit Homburger, Ulrich Goll (von links).

Dreikönig 2005: Diesmal galt die Aufmerksamkeit vor allem drei Ländle-Spitzenliberalen. Birgit Homburger, Ernst Pfister und Ulrich Goll – sie wiesen eindrucksvoll vor, mit welchen Gaben sie vor die Wähler treten werden, wenn in Baden-Württemberg im nächsten Jahr eine wichtige Wahl ansteht, ein halbes Jahr vor der Bundestagsentscheidung. Neuer Schwung, wirtschafts- und mittelstandspolitische Verlässlichkeit, Bürger- und Freiheitsrechte – dafür stehen nicht nur die frische Landesvorsitzende und die beiden markanten Minister. Dafür bürgt eine traditionsbewusste Landespartei, attraktiv für ein bürgerliches Publikum, das konstruktiv statt konservativ etwas für das Land leisten will. Der Landesparteitag, dem Generalin Cornelia Pieper eine kämpferische Grußbotschaft überbrachte, und die Kultveranstaltung „Kundgebung im Staatstheater“ setzten das Zeichen: Mit Blau-Gelb kann gerechnet werden zwischen Mannheim und Bodensee, wenn es um Freiheit, Wohlstand und Fortschritt geht.

Wolfgang Gerhardt und Guido Westerwelle brachten mehr als Weihrauch und Myrrhe – von Gold ganz zu schweigen – aus der Bundeshauptstadt. Sie zeigten den Weg auf zum Politikwechsel 2006. Der Fraktionschef deklinierte säuberlich durch, wie es um Freiheit und Recht heute bestellt ist im Lande. Der Parteichef markierte den Routenplan mit zehn Punkten für eine bessere Politik. Sie werden der liberale Wiedererkennungswert im heraufziehenden Bundestagswahlkampf sein. Der Berliner „Tagesspiegel“ überschrieb seinen Bericht mit „Zehn Punkte zwischen Schwarz und Gelb“, stellte aber auch fest, Westerwelle habe „kein gutes Haar“ an der rot-grünen Bundesregierung gelassen. Und viele Zeitungen gingen ein auf die Kritik an der jüngst bewiesenen Unfähigkeit der großen Koalition zur Reform der föderalen Staatsordnung.

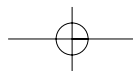
Das Stuttgarter Auditorium reagierte dankbar auf klare Richtungssignale. „Wir werden in kein Regierungsbündnis mehr eintreten, das sich nicht der Eindämmung des Einflusses der Tarifparteien verpflichtet“, sagte Gerhardt



Guido Westerwelle und Wolfgang Gerhardt in Stuttgart.

unmißverständlich. „Wir haben eine andere Strategie als die Union. Wir verlassen uns nicht darauf, dass die Regierung schlecht ist, sondern wir sagen, wie wir es besser machen wollen.“ Dafür erhielt Westerwelle hörbar große Zustimmung. Mit ihrem Mann Nr. 1 haben die Liberalen 2005 von Stuttgart aus zum „Jahr des beginnenden Machtwechsels“ ausgerufen. Als erste aller Bundestagsparteien hat die FDP mit Westerwelles Rede ein Regierungsprogramm vorgelegt, das vom nächsten Jahr an gelten kann. Mehr als 1.000 Menschen im Saal stimmten zu – als erste von Millionen Wählern, die es zu gewinnen gilt im wohl längsten Wahlkampf der deutschen Geschichte. Dreikönig 2005 stand aber auch im Zeichen der Tsunami-Katastrophe in Südasien. Alle waren sich einig: Deutschland kann am besten helfen, wenn es selbst zu neuen Kräften kommt. Die Teilnehmer des Dreikönigstreffens spendeten mehr als 10.000 Euro in bar und ließen noch viele Überweisungen folgen.

woe



Ihr kommt doch wieder?

Jürgen Koppelin, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Landesvorsitzender der FDP in Schleswig-Holstein und stellvertretender Vorsitzender der Parlamentariergruppe Deutschland-ASEAN, bereist seit vielen Jahren Südostasien und hat dort viele Freunde. Er berichtet elde, wie sie die schreckliche Katastrophe erlebt haben.

Am 26. Dezember gegen 2.00 Uhr MEZ ereignete sich im Indischen Ozean vor der Küste von Sumatra ein Seebeben von 8,9 auf der Richterskala. Die von dem Seebeben ausgelöste Flutwelle erreichte Teile von Indonesien, Thailand, Sri Lanka, Indien, die Malediven und mit geringeren Auswirkungen sogar die ostafrikanische Küste. Die Vereinten Nationen gehen von 220.000 Todesopfern aus. Zehntausende gelten als vermisst.



Jürgen Koppelin im Gespräch mit dem thailändischen Ministerpräsident Chuan Leekpai.

So wurde der Jahreswechsel von einer Katastrophe überschattet, deren Dimension unermesslich ist. Auch für mich, der seit über fünfzehn Jahren viele persönliche und politische Kontakte nach Thailand und Indonesien unterhält, war das alles unfassbar. Jede Berichterstattung wurde verfolgt, viele Telefonate wurden geführt. Erleichterung, wenn sich thailändische und

deutsche Freunde und Familien von dort meldeten. Und dann doch die erschütternde Meldung, dass auch ein mir bekannter Mitarbeiter der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) aus Bangkok die Ferien während der Weihnachtszeit zusammen mit seiner Frau nicht überlebt hat. Und während noch zahllose nationale und internationale Hilfsorganisationen im Einsatz sind, ist nun die immer wiederkehrende Frage: „Wann kommst Du uns besuchen? Ihr kommt doch wieder, Ihr bleibt doch nun nicht weg?“ Nach der Naturkatastrophe bedroht jetzt die wirtschaftliche Katastrophe das Land, wenn die Touristen aus Europa wegbleiben, zumal schon durch die Vogelgrippe in Südostasien die Zahl der Touristen rückläufig war.

Ich werde in jedem Fall weiter diese wunderbaren Länder bereisen und rufe jeden auf, der schon oder noch nicht Südostasien-Fan ist, dies auch zu tun. Die Menschen dort brauchen uns.

Friedrich-Naumann-Stiftung:

Langfristige Hilfe gemeinsam mit Partnern

Die Friedrich-Naumann-Stiftung und ihre Partner werden sich am Wiederaufbau der verwüsteten Region beteiligen, vor allem in Indien und Sri Lanka. Die Rolle der Zivilgesellschaft ist hier sehr wichtig. Unsere Partner versuchen derzeit, so viele Menschen wie möglich zu erreichen: „People’s Watch – Tamil Nadu“ und „Tanstia-FNF Service Centre“ in Südindien sowie „Small and Medium Enterprise Developers“ und „Institute for Democracy and Leadership“ in Sri Lanka haben sich an unmittelbaren Nothilfeaktionen beteiligt. Der Partner „People’s Watch“ engagiert sich insbesondere bei der psychologischen Betreuung traumatisierter Flutopfer. Die Partner arbeiten derzeit mit Unterstützung der FNSt längerfristige Programme der Wiederaufbauhilfe aus. Mehr unter www.spendeninfo.fnst.org.



Fotos: dpa

Jede Spende zählt!

Direktspenden von Gliederungen der Partei sind ebenso unzulässig wie die Einrichtung von Spenden-Sonderkonten für die Fluthilfe. Deshalb können Sie unmittelbar und direkt an eine der bekannten Hilfsorganisationen, wie z. B. Aktion Deutschland hilft, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 20 500, Konto 10 20 30, Stichwort „Seebeben Südasien“ spenden. Eine Liste von weiteren Organisationen finden Sie im Internet unter www.zdf.de



Weltweite Solidarität beeindruckt

Den Menschen helfen, ihr Leben neu aufzubauen

An eine Naturkatastrophe solchen Ausmaßes kann ich mich nicht erinnern. Wahrscheinlich etwa 220.000 Menschen sind umgekommen. Und hinter je-



dem dieser Toten steht eine Familie, die Vater, Mutter, Kinder oder gleich mehrere Mitglieder verloren hat. Weite Landstriche an den Küsten von Indonesien, Indien, Sri Lanka und Thailand sind vollkommen zerstört. Hunderttausende ha-

ben ihre Existenzgrundlage als Fischer oder im Tourismus verloren.

Zurückkehrende Helfer sprechen von Zuständen wie nach einem Bombenangriff und von einer traumatisierten Generation. Auf einen Spendenaufruf, den ich per e-Mail verschickt habe, meldete sich ein Mann aus meinem Wahlkreis, der mit seiner Frau in Khao Lak war. Durch die Welle wurde er von seiner Frau getrennt. Er musste jetzt alleine zurückkehren, seine Frau gilt als vermisst. Er will jetzt eine Initiative für Menschen gründen, die auch Angehörige oder Freunde verloren haben.

Beeindruckend ist die weltweite Solidarität über religiöse und politische Grenzen hinweg. Insbesondere die Spendenbereitschaft zeigt, wie stark Mitgefühl und Mitverantwortung bei uns verankert sind. Die Weltgemeinschaft hat innerhalb weniger Tage ein gigantisches Nothilfeprogramm in die Gänge gesetzt, um Ernährung und medizinische Versorgung sicher zu stellen.

Wie kann den betroffenen Menschen geholfen werden, mittelfristig wieder eine wirtschaftliche Grundlage zu finden? Was können wir tun, um ihnen zu helfen, sich und ihre Familien wieder aus eigener Kraft zu versorgen?

Indien und Thailand haben erklärt, sie können und wollen die Schäden aus eigener Kraft beseitigen. Damit bietet sich die Chance, unsere Hilfe sinnvoll auf Sri Lanka und Indonesien zu konzentrieren.

Die Bundesregierung will für diesen Aufbau in den nächsten fünf Jahren 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Diesen Vorschlag halte ich für richtig. Damit die Fluthilfe nicht sinnlos versickert, sollten aber ein paar Erfah-

rungen berücksichtigt werden (siehe Kasten unten).

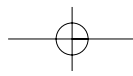
Im letzten Juni bin ich selbst in Gebieten in Südindien und Sri Lanka gewesen, die jetzt von der Flut betroffen sind. Wenn die Weichen richtig gestellt werden, haben die Menschen dort die Chance mit dem Wiederaufbau für sich und ihre Kinder ein neues Leben zu beginnen. Wir sollten sie dabei unterstützen.

*Markus Löning,
entwicklungspolitischer Sprecher
der FDP-Bundestagsfraktion*

Wie geholfen werden soll:

1. Die Fluthilfe darf nicht durch neue Schulden für Deutschland, sondern muss durch Umschichtungen im Etat finanziert werden.
2. Die Fluthilfe muss zeitlich begrenzt werden, denn der Wiederaufbau muss schnell gehen.
3. Der Tourismus als Haupteinnahmequelle und die lokale Wirtschaft müssen möglichst schnell wieder angekurbelt werden.
4. Die internationale Gemeinschaft sollte ihre Hilfe nach dem Motto „Geld gegen Frieden“ an ein Ende der Bürgerkriege koppeln und gleichzeitig ihre Unterstützung bei Verhandlungen anbieten.
5. Eine Rückzahlung von Schulden sollte ausgesetzt, ein Schuldenerlass nur bei Beendigung der Bürgerkriege möglich werden.





Inhalte vertiefen – Methoden professionalisieren

Das moderne Fortbildungsangebot
der Friedrich-Naumann-Stiftung



Fotos: dpa, FNST

Die politischen Zukunftsfragen Deutschlands erfordern liberale Konzepte. Doch diese allein reichen nicht aus. Ohne engagierte und professionelle Vermittlung bleiben sie weitgehend wirkungslos. Deshalb wird die Friedrich-Naumann-Stiftung auch im Jahr 2005 beides anbieten: einerseits Fundierung und Weiterentwicklung politischer Ideen und andererseits methodische Professionalität. Über 800 Veranstaltungen bieten die Möglichkeit unterschiedlicher politischer Fortbildung. Das Spektrum der Formate orientiert sich an dem oft knappen Zeithaushalt derjenigen, die politisch aktiv sind. Es reicht von bundesweit angebotenen Tages- und Abendveranstaltungen bis hin zu mehrtägigen Seminaren in der Theodor-Heuss-Akademie, die immer mehr zum modernen Seminarzentrum weiterentwickelt wird: In offenen Veranstaltungen werden Themen mit Experten kontrovers diskutiert und neue Konzepte erarbeitet. In Grundlagenveranstaltungen bauen die Teilnehmer Wissen in neuen Politikfeldern auf und vertiefen ihre Kenntnisse in den Bereichen, die ihnen wichtig sind.

Systematisch vermittelt die Friedrich-Naumann-Stiftung die Instrumente der Politischen Kommunikation:

Von der professionellen Pressemitteilung bis zum mediengerechten Auftritt, von der überzeugenden Diskussionsstrategie bis zur optimalen Teamführung bietet das Programm alles, was für professionelle politische Arbeit wichtig ist. Kompetente Trainer mit langjähriger Beratungserfahrung in Wirtschaft und Politik führen die Teilneh-

mer Schritt für Schritt zu den von ihnen gewünschten Zielen.

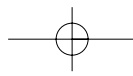
Eine immer größere Bedeutung bekommt das Bildungsangebot im Internet: Durch die Virtuelle Akademie, die führend im E-learning der Politischen

Bildung in Deutschland ist, wird das Angebot vernetzt, so dass Veranstaltungen optimal online vor- und nachbereitet werden können. Die Informations- und Lernplattform im Internet ermöglicht darüber hinaus auch den Interessierten, die sonst keine Möglichkeit haben, an Veranstaltungen teilzunehmen, das vielfältige Angebot der Friedrich-Naumann-Stiftung zu nutzen und rundet so ein Jahresprogramm ab, das den unterschiedlichen Bedürfnissen politisch Aktiver entspricht.

Joachim Stamp

Mehr dazu unter:

www.fnst.org – Veranstaltungen oder:
joachim.stamp@fnst.org,
Tel.: 02261 - 3002176





Fotos: dpa, Fraktion

Nach der Revolution: Beginnt eine neue Ära in der Ukraine?

Harald Leibrecht: „Deutschland und die EU sind treue Wegbegleiter.“

Ich bin über eine Stunde zu Fuß gelaufen, um meine Wahlstimme abzugeben,“ berichtete eine sichtlich erschöpfte ältere Frau in einem Wahllokal. Zur Wahl standen zwei Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten. Die Wahl fand am zweiten Weihnachtstag statt, vor Ort waren 12.500 Wahlbeobachter. Aber nicht allein diese Tatsachen machten die Präsidentenstichwahl in der Ukraine zu einer besonderen Wahl: Es waren die ersten freien und demokratischen Wahlen in einer der GUS-Republiken.

Die FDP-Expertin für Sicherheitspolitik Helga Daub war als Wahlbeobachterin nach Kiew entsandt. Am meisten bewegte sie bei ihrer Arbeit die Dankbarkeit

der Menschen für die Hilfe, freie und demokratische Wahlen durchführen zu können. „Umarmungen waren keine Seltenheit,“ berichtet Helga Daub. Die Sicherheitspolitikerin empfand die verwendeten Wahlurnen aus Glas als ungewöhnlich für bundesrepublikanische Verhältnisse. Diese erfüllten den Anspruch geheimer Wahlen wohl kaum, dennoch waren nach ihrer Einschätzung die



Helga Daub: „Umarmungen waren keine Seltenheit.“

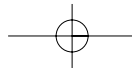
Wahlverletzungen marginal. Für Helga Daub steht fest: „Ich durfte bei einem historischen Moment dabei sein.“

Mit der Präsidentenwahl und der vorausgegangenen friedlichen Revolution sind die alten Zeiten, in denen den Bürgern elementare Grundrechte vorenthalten wurden, in der Ukraine vorbei. Aber hat damit auch eine neue Ära begonnen? Die Entwicklungen in den folgenden Wochen und Monaten werden es zeigen. Messkriterien werden die Einsetzung eines neuen, konsensfähigen Ministerpräsidenten durch den neu gewählten Präsidenten Juschtschenko, die künftige Zusammensetzung des ukrainischen Parlaments, die Durchsetzung der längst überfälligen Reformen sowie die künftige Außenpolitik zu den Nachbarn Russland und Europa sein. Eine entscheidende Rolle kommt nach Auffassung des außenpolitischen Experten der FDP-Bundestagsfraktion Harald Leibrecht starken Partnern zu: „Wichtig und unabdingbar ist, dass die

Ukraine ihren Weg nicht allein gehen muss, sondern in Deutschland und der EU treue Wegbegleiter zur Seite hat.“ Will man das Land faktisch nicht erneut Russland überlassen, muss aus Sicht der FDP-Bundestagsfraktion die Europäische Union der Ukraine eine klare Perspektive für eine möglichst enge Zusammenarbeit bieten. Für Harald Leibrecht steht die Frage eines späteren möglichen Beitritts der Ukraine dabei momentan nicht im Vordergrund der Überlegungen, auch wenn ein solcher Beitritt nach den Bestimmungen des EU-Vertrages (Artikel 49 EU-Vertrag) grundsätzlich möglich wäre. Außerdem hätten die Ukrainer bisher keinen formellen Beitrittsantrag gestellt. „Unabhängig davon, ob am Ende irgendwann ein Beitritt steht oder nicht, ist es zunächst viel wichtiger, dass die EU die Ukraine auf ihrem Weg hin zu einem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat aktiv und konkret unterstützt,“ so der Außenpolitiker. Er fordert daher die Bundesregierung auf, sich aktiv dafür einzusetzen, dass die EU ihre Hilfe nicht rein auf finanzielle Mittel beschränkt, sondern eine Überarbeitung oder Neuverhandlung des Ukraine-Aktionsplans stattfindet, da der gegenwärtige Plan noch auf die Kutschma-Regierung ausgerichtet sei. Dies hat auch das Europäische Parlament in einer Entschließung gefordert und das Ziel eines Assoziierungsabkommens formuliert.

Harald Leibrecht fügt hinzu: „Wir Liberale werden alle Möglichkeiten nutzen, die Ukrainer auf ihrem Weg in eine stabile Demokratie zu unterstützen.“

Susanne Bühler



Haben heimliche Vaterschaftstests einen Wert?



Pro

*Prof. Dr. Ulrich Goll,
Justizminister des Landes Baden-Württemberg*

Übers Ziel hinaus

Bei 75 von 100 an ihrer Vaterschaft zweifelnden Männern ergibt sich, dass ihre Zweifel unbegründet waren und sie die biologischen Väter sind. Die überwiegende Mehrzahl dieser Väter schweigt dann lieber über die Zweifel und die Durchführung eines Tests aus nachvollziehbaren Gründen.

Gerade der Umstand, dass die Mutter von dem Test nichts weiß, ist ausschlaggebend dafür, dass in die Familie kein überflüssiger Unfriede hineingetragen wird. Diese Schonung wäre aber dann schlicht unmöglich, wenn alle zweifelnden Väter ihr Misstrauen von vornherein kraft Gesetz offen legen müssten, sei es „nur“ gegenüber ihrer Frau oder, noch verheerender, vor Gericht. Genau dazu würde man sie aber zwingen, würde man heimliche Tests verbieten.

Nicht zuletzt für das Kind wäre dies die schlechteste Lösung und weit über das Ziel hinaus geschossen.

Die Befürworter eines Verbotes heimlicher Vaterschaftstests stellen vorwiegend auf das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Mutter und des Kindes ab, vergessen dabei aber komplett die Rechte des Vaters, wie sie das Bundesverfassungsgericht gestaltet hat.

Natürlich soll nicht jede x-beliebige Person genetische Proben eines anderen in ein Labor schicken dürfen. Den Nachbarn oder auch schon die Schwiegermutter gehen die Verwandtschaftsverhältnisse in der Tat nichts an. Deshalb bin ich für Differenzierung: Den heute anfechtungsberechtigten Personen – aber nur diesen – müssen heimliche Tests weiterhin gestattet sein: Das sind Vater, Mutter und Kind.

Heimlich
eingeholte
DNA-Gutachten für
Vaterschaftstests
haben zu einer
regen öffentlichen
Debatte über
die Rechte der
Beteiligten, über
gerichtliche
Verwertbarkeit,
Sinn und Grenzen
des Umgangs
mit genetischen
Proben geführt.



Contra

*Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB,
Mitglied des FDP-Präsidiums und ehemalige
Bundesjustizministerin*

Zerrbilder vermeiden

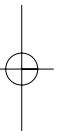
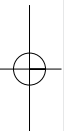
Heimlichkeit zerstört Vertrauen und schafft keine Grundlage für ein vernünftiges Miteinander in der Familie. Bei allen Schwierigkeiten, die es in Partnerschaften gibt, muss das Kindeswohl im Vordergrund stehen. Und es müssen die Rechte des Kindes gewahrt werden.

Der heimlich eingeholte Vaterschaftsnachweis verletzt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Kindes. Das hat der Bundesgerichtshof festgestellt, indem er eine Verwertung heimlich eingeholter DNA-Gutachten bei Vaterschaftsklagen vor Gericht als rechtswidrig einstuft.

Leider geht Bundesjustizministerin Zypries mit ihren Vorschlägen weit darüber hinaus: Nach ihren Vorstellungen sollen heimliche Vaterschaftstests verboten werden. Künftig sollen genetische Untersuchungen grundsätzlich nur mit Zustimmung des Betroffenen durchgeführt werden dürfen. Verstöße sollen mit Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet werden. Das ist der falsche Weg. Eine solche Kriminalisierung der Betroffenen nutzt am wenigsten dem Kind.

Richtig ist eine Erleichterung, die Vaterschaft prüfen zu lassen. Die Anforderungen, die eine Vaterschaftsklage ermöglicht, müssen gesenkt werden. Die Behauptung berechtigter Zweifel muss künftig ausreichen. Wenn der Vater Zweifel hat, ist ein richterliches Verfahren der einzige Weg und nicht der heimliche Test im Labor.

Umso wichtiger ist, kein Zerrbild in der Öffentlichkeit zu zeichnen, dass unzählige Väter zu unrecht in die Pflicht genommen werden.



Unterstützung für tschechische Liberale



„Endlich sind die tschechischen Liberalen bereit, über ein Wahlbündnis für 2006 nachzudenken“, freut sich ELDR-Präsident Werner Hoyer. Ein Workshop mit dem Thema „Good Liberal Practice“ hatte den ALDE-Fraktionschef (Alliance of Liberals and Democrats for Europe)

im Europaparlament, Graham Watson, gemeinsam mit Werner Hoyer nach Prag geführt. Ziel dieser ersten Gemeinschaftsaktion von ELDR und Friedrich-Naumann-Stiftung war die Unterstützung liberaler Parteien in den neuen EU-Mitgliedsländern. Die Spitzen der vier liberalen Gruppierungen aus Tschechien, die den Beobachterstatus in der ELDR haben bzw. mit den europäischen Liberalen zusammenarbeiten und mit Ausnahme der Freiheitsunion (US) nicht im Parlament vertreten sind, ist die Bildung einer gemeinsamen bürgerlich-liberal orientierten Liste für die Parlamentswahlen im Juni 2006. Auf dem Foto v. l. Werner Hoyer, Katarina Gloncakova (ELDR-Vizepräsidentin und stellvertretende Vorsitzende der Allianz des neuen Bürgers ANO aus der Slowakei), Graham Watson und Borek Severa, FNSt-Projektberater in Prag.



Stinner in Palästina

„Zum erstmalig hat es in einem arabischen Land einen echten inhaltlichen Wahlkampf gegeben. Damit sind die Palästinenser demokratische Vorreiter in der Region. Aber die eigentliche Arbeit fängt jetzt erst an“, freute sich der Nahostexperte der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Rainer Stinner. Im Auftrag des Deutschen Bundestages war er als Wahlbeobachter in Palästina und zeigte sich beeindruckt. „Abbas muss es gelingen, die Terrororganisationen in den Griff zu bekommen. Sonst wird es keine Fortschritte im Friedensprozess geben“, erklärte er. Auf dem Foto Stinner mit dem palästinensischen Gouverneur von Bethlehem, Zuheir Menasrah.

Liselotte Funcke – eine Dokumentation

„Für politische Erfolge braucht man einen langen Atem“, weiß Liselotte Funcke. Im ardenkerverlag Hagen ist jetzt unter dem Titel „An Menschen ihrer Zeit – Liselotte Funcke – Briefe aus fünf Jahrzehnten“ ein bemerkenswertes Zeitdokument erschienen. Aus dem Privatarchiv der langjährigen stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden, Bundestagsvizepräsidentin, Wirtschaftsministerin und Ausländerbeauftragten wurde von der Historikerin Sylvia Heinemann eine umfassende Darstellung ihrer Briefe erstellt. Auf über 290 Seiten wird damit das politische Handeln einer Liberalen deutlich, die zur Verwirklichung ihrer Utopie von Freiheit und Gleichheit für Männer und Frauen Grenzen überschritten und Widerstände überwunden hat.



Generation Jungbrunnen

Kongress der FDP am 23. Februar 2005 im TDH

„Wer unser Land generationengerecht machen will, der muss die politischen Rahmenbedingungen zukunftsfest machen“, erklärt der FDP-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz. 23 % der Bürger in Deutschland sind heute 60 Jahre und älter. Im Jahre 2050, so die Prognosen, wird mehr als ein Drittel unserer Bevölkerung 60 Jahre und älter sein. Um die damit verbundenen gesellschaftlichen Probleme zu beraten, findet unter dem Motto „Generation Jungbrunnen“ ein Kongress der FDP am 23. Februar im Berliner Thomas-Dehler-Haus statt. Hochkarätige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft werden die Fragen des demographischen Wandels.



Noch nie gab es so viele ältere Menschen, die ihre dritte Lebensphase so aktiv, engagiert und gesund erleben können und dieses Leben auch eigenverantwortlich gestalten wollen. Mehr zu diesem Thema im Internet unter www.alt-macht-neu.de. Ein aktuelles Informationsblatt des Bundesverbandes Liberale Senioren LIS@ können Sie über den FDP-Shop anfordern.

Dank an René Hagemann-Miksits



Das Thomas-Dehler-Haus musste Abschied nehmen von einem kreativen und erfahrenen Mitarbeiter der Abteilung Strategie und Kampagnen. René Hagemann-Miksits folgt einem Ruf des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), wo er ab dem 1. Februar als stellvertretender Pressesprecher arbeitet. Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz würdigte beim

Abschied den unermüdeten Einsatz des Politikwissenschaftlers für die Liberalen. Anerkennung erhielt er u. a. gemeinsam mit Beerfeltz und dem Wahlkampfkoordinator Christian Renatus (Mitte) anlässlich des Politikaward 2004, bei dem die Kampagne zum Volksentscheid über die EU-Verfassung nominiert war, für die Hagemann-Miksits mit verantwortlich zeichnete.

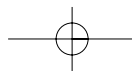


Foto: dpa

Immer eine Idee voraus

Wenige Tage vor dem vierten Advent stand dieser „Osterhase“ mit dem niedersächsischen FDP-Fraktionschef Philipp Rösler vor dem Landtag in Hannover. Um symbolisch zu unterstreichen, dass Niedersachsens Liberale dem politischen Gegner „immer eine Idee voraus“ sind, hat die FDP-Fraktion im Landtag mit einer roten Nikolausmütze geschmückte Schokoladenosterhäuschen verteilt. „Wir wollen darauf hinweisen, dass wir schon heute an morgen denken“, kommentierte Rösler die Aktion.

Ehrung für Silvana Koch-Mehrin

Eine große Ehrung wurde der Vorsitzenden der FDP-Gruppe im Europäischen Parlament, Silvana Koch-Mehrin, zuteil. Aus den Händen von FDP-Chef Guido Westerwelle erhielt sie den Politikaward 2004 als „Nachwuchspolitikerin des Jahres“. Mit dem Preis zeichnet der Helios-Verlag herausragende Leistungen der politischen Kommunikation aus. Die Jury würdigte insbesondere ihren Erfolg als Spitzenkandidatin der FDP bei der Europawahl: Sie führte die deutschen Liberalen 2004 wieder in das Europäische Parlament. Für Anerkennung habe beispielsweise ihre Entscheidung gesorgt, nach der Wahl ihre Geschäftsbeteiligung an dem Beratungsunternehmen Policy Action niederzulegen.



Klingelbeutel für den Schatzmeister

Ein besonders nettes Geschenk erhielt Hermann Otto Solms anlässlich seines Geburtstages von den Mitstreitern im Büro: In Anspielung auf die nicht leichte Aufgabe des Bundeschatzmeisters überreichten sie ihm einen Klingelbeutel. Damit wollen die Kolleginnen und Kollegen seine Bemühungen um die Finanzen der Partei unterstützen. „Wir hoffen allerdings, dass er von ‚falschen Fuffzigern‘ und ‚Blüten‘ verschont bleibt“, bekräftigte Petra Dahn (links im Bild).

Jüngste Meinung zur elde

Die **elde** beschäftigt nicht nur die großen, sondern auch schon die ganz kleinen Liberalen. Mit großem Vergnügen blätterte Elena (21 Monate), die kleine Tochter von Maja Pfister, in der jüngsten Ausgabe des Magazins der Liberalen. Hier ein paar Zitate von Elena zur Lektüre: „Mutti, kuck, Kuh!“ zu dem Plakat der FDP Schleswig-Holstein und „Connie! Lieb.“, als sie Cornelia Piepers Beitrag zur Bildungspolitik aufschlug. Mehr Echo auf unserer Leser-Seite.



Foto: vario-press

Justizminister des Herzens

Als erster Justizminister in Deutschland hat sich der liberale baden-württembergische Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll in Stuttgart zum Lebensretter bei plötzlichem Herzversagen ausbilden lassen. „Die Anwendung eines Defibrillators ist lange nicht so schwer, wie ich dachte. Jedenfalls ist es weitaus schwieriger, ‚Defibrillator‘ auszusprechen, als ihn fachgerecht zu benutzen“, meinte Goll. Die Björn-Steiger-Stiftung überreichte ihm anschließend eine Urkunde, die ihn als „Justizminister des Herzens“ auszeichnet. Ulrich Goll auf dem Foto mit Wirtschaftsminister Ernst Pfister (links), Landeschefin Birgit Homburger und Fraktionschef Ulrich Noll (rechts).

Mitgliederzuwachs: Saarland auf Platz 1

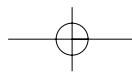
Mit einem Mitgliederzuwachs von 2,1 Prozent auf 1.325 Mitglieder im vergangenen Jahr liegt die FDP Saar an der Spitze der FDP-Landesverbände, dicht gefolgt von den Liberalen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Dies geht aus einer Erhebung der Bundespartei hervor. Auch der Frauenanteil des Landesverbands ist überdurchschnittlich hoch. Zusammen mit der FDP Schleswig-Holstein haben die saarländischen Liberalen mit knapp 26 Prozent die höchste Frauenquote. „Zehn Prozent mehr in drei Jahren und der beste Landesverband bundesweit – das sind Ergebnisse harter Arbeit. Dennoch wollen wir weiter wachsen, um 2009 drittstärkste politische Kraft im Saarland zu werden“, unterstreicht FDP-Landeschef Christoph Hartmann.

Anzeige

elde Impressum

Herausgeber: Cornelia Pieper und Dr. Wolfgang Gerhardt; **Chefredakteur:** Robert von Rimscha; **Verantwortlich:** Wulf Oehme; **Redaktion:** Roland Kowalke; **Redaktionelle Mitarbeit:** Kirstin Balke, Saskia Böttcher, Susanne Bühler, Helmut Metzner, Franziska Pagel, Isabella Pfaff, Gabriele Renatus, Dr. Christoph Steegmans, Thomas Volkmann; **Anschrift der Redaktion:** Thomas-Dehler-Haus Berlin, Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin, Postfach 04 03 49, 10062 Berlin, e-mail: Roland.Kowalke@liberalverlag.de, Telefon: (0 30) 27 57 28 79, Telefax: (0 30) 27 57 28 80; **Verlag:** liberal Verlag GmbH, e-mail: renate.kroening@liberalverlag.de; **Anzeigen:** liberal Verlag GmbH, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin, Telefon: (030) 27 57 28 73, Telefax: (030) 27 57 28 80; **Gestaltung:** Cicero Gesellschaft für Werbung und Kommunikation mbH, Wiesbaden; **Gesamtherstellung:** altmann-druck GmbH, Berlin; **elde** erscheint sechsmal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 8,10 Euro.

ZIMMERTÜR- UND WARN-, NAMENS-, ANSTECK-, INNEN- UND AUSSEN-, INFO UND LEITSCHILDER, SCHAUKÄSTEN UND VITRINEN	STELLWÄNDE ALUFAHNEN- MASTE W. ZANDER 33542 Linz / Rh. Postfach 100 Tel. 02644/2037 Fax. 02644/6969
---	---



Ihr persönlicher **elde**-Fragebogen

Diesmal: Graham Watson, Vorsitzender der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament

Er hatte immer eine Vision von einer Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa. Nach der Wahl zum Europaparlament im Juni 2004 konnte der im schottischen Rothesay geborene Graham Watson (49) diesen Traum verwirklichen. Nun streitet der leidenschaftliche Segler gemeinsam mit den wieder im EU-Parlament vertretenen sieben FDP-

Abgeordneten für eine konsequente liberale Politik. Und bleibt dabei optimistisch, das Golfen und Drachenfliegen doch noch zu erlernen. Viel Spaß beim Lesen der Antworten des britischen Europapolitikers.



Was ist für Sie das größte Unglück?
Golf spielen nie gelernt zu haben.

Wo möchten Sie leben?
In der schottischen Universitätsstadt St. Andrews.

Was ist für Sie das vollkommene irdische Glück?
Auf meinem Segelboot bei heftigem Wind zu stehen.

Welche Fehler entschuldigen Sie am ehesten?
Ehrgeiz.

Ihre liebsten Romanhelden?
Gulliver.

Ihre Lieblingsgestalt in der Geschichte?
Der Gelehrte Gerhard Mercator (1512 - 1594).

Ihre Lieblingsheldinnen in der Wirklichkeit?
Burmas Oppositionsführerin und Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi.

Ihre Lieblingsheldinnen in der Dichtung?
Isolde.

Ihre Lieblingsmaler?
Giotto.

Ihr Lieblingskomponist?
Max Bruch.

Welche Eigenschaften schätzen Sie bei einem Mann am meisten?
Selbstvertrauen.

Welche Eigenschaften schätzen Sie bei einer Frau am meisten?
Courage.

Ihre Lieblingstugend?
Fleiß.

Ihre Lieblingsbeschäftigung?
Politik.

Wer oder was hätten Sie sein mögen?
Kapitän Cook.

Ihr Hauptcharakterzug?
Geduld.

Was schätzen Sie bei Ihren Freunden am meisten?
Loyalität in schwierigen Stunden.

Ihr größter Fehler?
Nicht genug Zeit zum Lesen.

Ihr Traum vom Glück?
Großvater zu werden.

Was wäre für Sie das größte Unglück?
Schottland nie wieder zu sehen.

Was möchten Sie sein?
Der bin ich schon.

Ihre Lieblingsfarbe?
Grün.

Ihre Lieblingsblume?
Sonnenblumen.

Ihr Lieblingsvogel?
Fregattvogel.

Ihr Lieblingsschriftsteller?
Amin Maalouf.

Ihr Lieblingslyriker?
Bob Dylan.

Ihre Helden in der Wirklichkeit?
Nelson Mandela, Chen Shui-bian, John Kenneth Galbraith.

Ihre Heldinnen in der Geschichte?
Emmeline Pankhurst, Amy Johnson.

Ihre Lieblingsnamen?
Frederica, Gregory.

Was verabscheuen Sie am meisten?
Einen Kaffeefleck auf der Krawatte.

Welche geschichtlichen Gestalten verachten Sie am meisten?
Neville Chamberlain.

Welche militärischen Leistungen bewundern Sie am meisten?
Den Fall von Jericho, die Verteidigung von Leningrad.

Welche Reform bewundern Sie am meisten?
Italiens Beitritt zum Euro.

Welche natürliche Gabe möchten Sie besitzen?
Vorsicht.

Wie möchten Sie sterben?
Als 96-jähriger Drachenflieger-Anfänger.

Ihre gegenwärtige Geistesverfassung?
Optimistisch.

Ihr Motto?
Confiscus veribus (Vertrauen in meine eigene Stärke).

Ihr Abschlusskommentar?
Ganz schwierige Fragen!!

Einladung

Generation Jungbrunnen

Fachkongreß der FDP zu den Chancen der älter werdenden Gesellschaft

Begrüßung

Cornelia Pieper, MdB, Generalsekretärin der FDP

„Generationengerecht und zukunftsfest“

Dr. Guido Westerwelle, MdB,
Bundesvorsitzender der FDP

Forum I: Länger arbeiten – mehr Jobs?

Impulsreferat:

„Viel Arbeit, wenig Arbeitnehmer?“
Prof. Michael C. Burda, Ph. D., Freie Universität Berlin

Teilnehmer:

Bertold Bahner,
Bundesverband liberaler Senioren- LiS@
Dr. Ute Drewniak, Deutsche Bank
Dieter Holletschke,
Gewes-Gelenkwellenwerke Stadtilm
Michael Kauch, MdB
Eckhard Krauß,
Initiativforum Generationenvertrag
Ludger Ramme,
ULA Deutscher Führungskräfteverband

Forum II: Rente ohne Zukunft – Zukunft ohne Rente?

Impulsreferat:

„Generationengerechte Altersvorsorge“
Daniel Bahr, MdB

Teilnehmer:

Dr. Hartwig Hamm, LBS
Rainer M. Jacobus, Ideal Versicherungen
Dr. Johannes Meier, Bertelsmann-Stiftung
Dr. Irmgard Schwaetzer, Bundesministerin a.D.
Peter Schwark, Gesamtverband der
Deutschen Versicherungswirtschaft

Forum III: Vision Alter – Wieviel Zukunft hat das Alter?

Impulsreferat:

„Zu aktiv, um alt zu sein“
Prof. Dr. Herwig Birg,
Demographieforscher, Universität Bielefeld

Teilnehmer:

Prof. Dr. Arnulf Baring, Publizist
Jürgen Fliege, Pfarrer und TV-Moderator
Dr. Klaus Kinkel, Bundesminister a.D.
Bernd Meurer, bpa
Oliver Perzborn, Trendbüro Hamburg
Cordula Tutt, Financial Times Deutschland

Im Generationenwechsel:

Jan Dittrich, Junge Liberale
Bertold Bahner, LiS@

**Mittwoch, 23. Februar 2005,
10.00 – 17.00 Uhr,
Thomas-Dehler-Haus, Berlin**

**Anmeldeformular liegt dieser
elde-Ausgabe bei !**

Moderation: Max Schautzer,

Entertainer und Autor des Buches
„Rock `n` Roll im Kopf, Walzer in den Beinen“

Ort:

Atrium des Thomas-Dehler-Hauses
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Organisation:

FDP Bürgerfonds
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
Tel.: 030. 28 49 58 97
Fax: 030. 28 49 58 94
email: buergerfonds@fdp.de

Registrierung: ab 9:00 Uhr

Anfahrt:

S-Bahnhof Friedrichstraße
Bitte berücksichtigen Sie, dass im
Umfeld nur begrenzt Parkplätze
zur Verfügung stehen.

www.liberal.de
www.alt-macht-neu.de

Mit freundlicher Unterstützung von:

